

Forschung statt Verbot

Umweltbundesamt: Erdgasbohrungen in Deutschland unter strengen Auflagen möglich

RW070912

NRW. Um 21.15 Uhr am Mittwochabend erreichte NRW-Umweltminister Johannes Remmel bei einem Empfang die E-Mail. Inhalt: Bundesumweltminister Peter Altmaier stellt morgen seine Fracking-Studie vor. Damit kam der Bundesumweltminister seinem Länderkollegen um einen Tag zuvor. Die Frage schien zu sein: Wer warnt zuerst?

Heute Nachmittag stellt NRW sein Gutachten vor. Die Botschaft von CDU-Mann Altmaier ist klar: Er will die Deutungshoheit bei den umstrittenen Gasbohrungen nicht dem rot-grün regierten NRW überlassen.

Altmaier und Remmels Ministerium führten daraufhin eine bemerkenswerte Konversation über den Kurznachrichtendienst „Twitter“. „Manchmal bewirkt so ein kleiner zeitlicher Druck aus den Ländern echte Wunder in Berlin :-)\", twitterte eine Mitarbeiterin in Remmels Namen. Altmaiers Antwort: „nicht die leiseste Ahnung was gemeint ist!:-)“

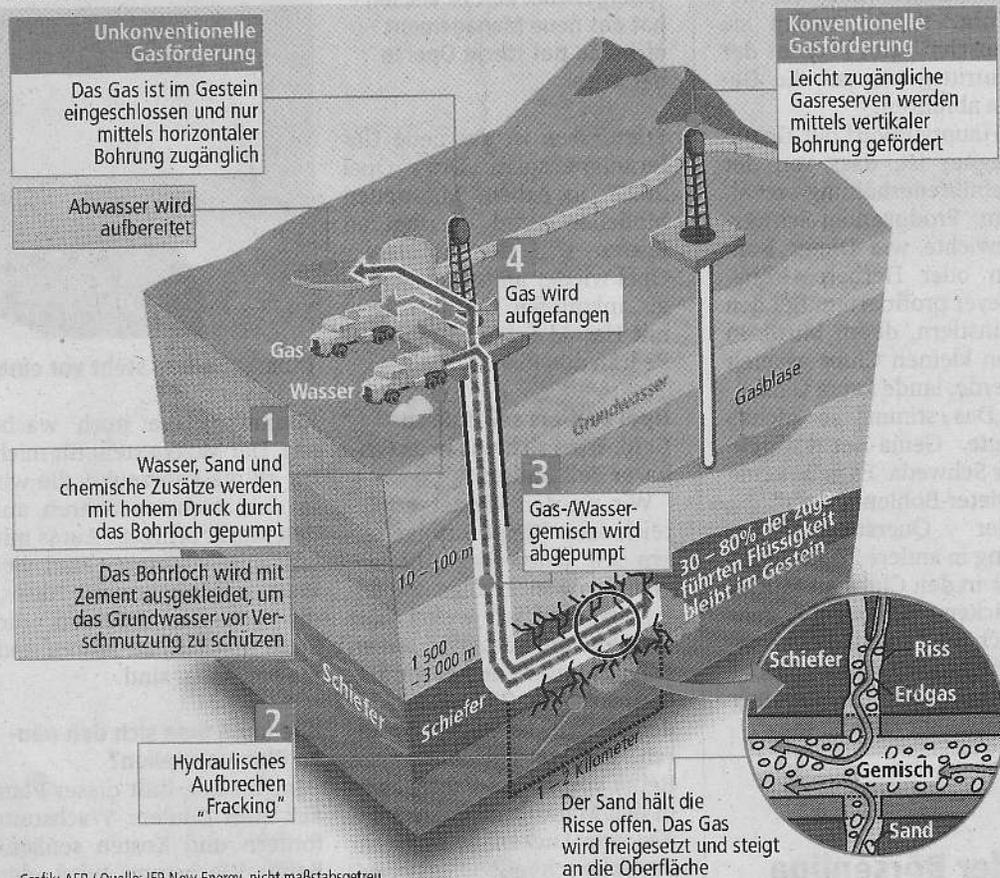
Eindeutig und ironiefrei hingegen fiel der Rat der Experten des Umweltbundesamtes aus: Die umstrittene Erdgasförderung aus tiefen Gesteinsschichten soll in Deutschland nur unter strengen Auflagen erlaubt werden. Das Umweltbundesamt (UBA) hat dieses bisher umfangreichste Gutachten zu der Fracking-Technologie für Umweltminister Peter Altmaier erstellt. „Auf Basis dieses Gutachtens empfiehlt das Umweltbundesamt, derzeit von einem großtechnischen Einsatz abzusehen“, sagte UBA-Präsident Jochen Flasbarth gestern in Berlin. „Gleichwohl sollte die Technologie weiter untersucht werden.“

Diskussion begann in NRW

Die Diskussion ist maßgeblich in Nordrhein-Westfalen angestoßen worden. Als Exxon-Mobil im September 2010 angekündigt hat, im Münsterland nach Erdgas bohren zu wollen, war die Überraschung groß.

Umstrittene Schiefergasgewinnung

Mit Hochdruck wird eine Mischung aus Wasser, Sand und giftigen Chemikalien ins Gestein gepresst, um es aufzubrechen und das Gas freizusetzen. In einigen Länder ist dieses „Fracking“ verboten.



Grafik: AFP / Quelle: IFP New Energy, nicht maßstabsgetreu

Auf Anfrage der Landtagsabgeordneten Wibke Brems (Grüne) legte der damalige Wirtschaftsminister Harry K. Voigtsberger dem Landtag einen Bericht vor. Zur Überraschung aller hatten sich nicht nur ExxonMobil, sondern auch Wintershall, Stadtwerke und Konsortien klammheimlich große Flächen in NRW gesichert, um hier nach Erdgas zu suchen. 60 Prozent der Landesfläche sind mittlerweile Aufsuchungsgebiete.

Berichte über Umweltschäden in den USA und Bürgerinitiativen aus dem Münsterland lenkten den Blick auf die Technologie namens Fracking. Diese macht die Erschließung neuer Vorkommen erst möglich. Dabei wird unter hohem Druck ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien in den Untergrund gepresst, um das Gestein aufzubrechen und so

das Gas entweichen zu lassen (siehe Grafik).

Das mit Chemikalieneinsatz erschließbare Potenzial in Deutschland ist enorm: 13 Jahre lang könnte Deutschland damit laut UBA seinen gesamten Gasbedarf decken. Aber: „Bevor Fracking zum Einsatz kommt, müssen sämtliche Bedenken ausgeräumt sein“, so der Bundesumweltminister.

„Schallende Ohrfeige“

„Das Gutachten ist eine schallende Ohrfeige für die schwarz-gelbe Bundesregierung“, sagte der Bundestagsabgeordnete Oliver Krischer. Der Grünen-Abgeordnete aus NRW fordert seit langem ein Fracking-Moratorium. Denn: In der aktuellen Diskussion wird oft übersehen, dass die Erdöl- und Erdgasindustrie bereits mehr als 300 Fracks in Deutschland durchgeführt hat. Das Verfahren ermög-

licht es den Unternehmen, auch konventionelle Öl- und Gasvorkommen besser auszuheben. Daten über Umweltschäden liegen nicht vor, wurden aber auch nicht systematisch erfasst. Das Land Niedersachsen stellte den Gutachtern in NRW zumindest keine Daten zur Verfügung.

Bei ExxonMobil nahm man das UBA-Gutachten positiv auf: „Die Signale stimmen mich zuversichtlich, dass wir den eingeschlagenen Weg der vorsichtigen Erkundung fortsetzen können“, sagte Dr. Gernot Kalkoffen, Europa-Chef des Öl- und Gas-Multis.

Heute um 15.30 Uhr stellen NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) und Umweltminister Remmel die NRW-Studie (siehe unten) vor. Eine klare Empfehlung der Forscher: ein Abgleich aller Gutachten. Die Diskussion hat gerade erst begonnen.

Christoph Klemp